
Hinweise aus Online-Beteiligung zu Maßnahmenvorschlägen aus AG 6 „Private Haushalte“

Hinweis: Bei den in diesem Dokument aufgeführten Maßnahmenvorschlägen handelt es sich um Vorschläge, die in Phase 1 des Beteiligungsprozesses (Konzeptionsphase) von den beteiligten Akteuren erarbeitet wurden. Es handelt sich hierbei nicht um die abschließenden Maßnahmen für den Klimaschutzplan Nordrhein-Westfalen. In der Phase 2 des Beteiligungsprozesses (Differenzierungs- und Vernetzungsphase) konnten die Vorschläge der Akteure aus Phase 1 von nordrhein-westfälischen Bürgerinnen und Bürgern, Kommunen, Unternehmen und sonstigen Akteursgruppen im Rahmen der unterschiedlichen Beteiligungsformate – darunter die Online-Beteiligung – kommentiert sowie weitere Maßnahmen vorgeschlagen werden.

KS-M220 Förderprogramm zur Finanzierung von energieeffizienten Geräten

Die Landesregierung NRW soll ein Förderprogramm zur Finanzierung von energieeffizienten Geräten einrichten. Mit Prämien wird der Kauf von hocheffizienten Haushaltsgeräten gefördert. Ein realistisches Ziel könnte sein, mit einem Förderprogramm ab dem dritten Jahr einen Marktanteil von 25 % für marktbeste Geräte zu erreichen.

Empfehlungen der Bürgerinnen & Bürger aus Online-Beteiligung

- Förderprogramme nicht nur für einkommensschwache Haushalte, sondern auch für "Otto-Normal-Verbraucher".
- Neben unterschiedlicher Staffelung könnten "Otto-Normal-Verbraucher" zusätzlich weitere Kriterien erfüllen, wie z.B. Bezug von Ökostrom.
- Förderprogramm sollte v.a. von geringverdienenden Haushalten in Anspruch genommen werden können - auch mit Unterstützung der ARG.
- Ab viertem Jahr einen Marktanteil von 30% einführen.

Empfehlungen Kommunen aus Online-Beteiligung

- Zusätzlich ist Programm zum Leasing energieeffizienter Geräte für einkommensschwache Haushalte sinnvoll.
- Förderung Kühlgeräte mit kontrollierter Rücknahme/Entsorgung verknüpfen.

Empfehlungen der Unternehmen aus Online-Beteiligung

- -

Empfehlungen sonstiger Akteursgruppen aus Online-Beteiligung

- Bewertung der Energieeffizienz von Geräten nicht nur auf konkretes Gerät, sondern auch auf Energieart, d.h. Bezug auf Nutzung von Primärenergie, beziehen.

KS-M221 Einrichtung einer (dauerhaften) Toppen-Datenbank von effizienten Produkten

Die Landesregierung NRW soll dauerhaft ein Informationsangebot zu effizienten energieverbrauchenden Produkten fördern. Die bisher existierenden Datenbanken effizienter Produkte sollten dabei ausgebaut bzw. neue aufgebaut und vor allem dauerhaft institutionell verankert werden.

Empfehlungen der Bürgerinnen & Bürger aus Online-Beteiligung

- Ergänzend Überblick über mehrfach beste Produkte geben: Neben geringem Energieverbrauch auch ökologische und soziale Bedingungen der Herstellung und Nutzung des Produktes.
- Gekoppelt mit Einkaufshierarchie (analog zur Abfallhierarchie): brauche ich Produkt überhaupt? Wann lohnt sich Geräteresatz?
- Lotsenfunktion auf Webseite des Umweltministeriums wäre hinreichend.
- Aufklärung der Öffentlichkeit, was energiesparendes Produkt ist, reicht völlig aus
- Informationen, z.B. zu Kühlschränken ausreichend
- Ausweitung des Angebotes führt zu Verwirrung bei Unterscheidung unparteiischer von werbefinanzierten Datenbanken
- Mehrwert der M221 auf Landesebene fraglich

Empfehlungen Kommunen aus Online-Beteiligung

- -

Empfehlungen der Unternehmen aus Online-Beteiligung

- -

Empfehlungen sonstiger Akteursgruppen aus Online-Beteiligung

- -

KS-M222 Pilotvorhaben zur Einführung eines progressiven Stromtarifs durch Energieversorgungsunternehmen

Das Land soll gemeinsam mit verschiedenen Energieversorgungsunternehmen ein Pilotprojekt zur Einführung eines progressiven Stromtarifs starten. Durch einen progressiven Stromtarif erzielen private Haushalte im Falle von Stromeinsparungen auch Kosteneinsparungen, da sie durch einen geringen Verbrauch niedrige Kosten hätten und der Tarif weiter sänke, je mehr Strom sie einsparten. So werden Rebound-Effekte, die oft mit Energieeffizienzmaßnahmen einhergehen, umgangen.

Empfehlungen der Bürgerinnen & Bürger aus Online-Beteiligung

- Sollte auch im Gewerbesektor pilotiert werden.

Empfehlungen Kommunen aus Online-Beteiligung

- -

Empfehlungen der Unternehmen aus Online-Beteiligung

- Aufwand für Bürokratie und Kontrolle zu hoch.

Empfehlungen sonstiger Akteursgruppen aus Online-Beteiligung

- -

KS-M223 Öffentlichkeitsarbeit und Campaining rund um Energie

Die Landesregierung soll Öffentlichkeitsarbeit und Energie-Campaigning in Form von Informations- und Beratungsmaßnahmen fördern. Dabei sollen Umwelt- und Verbraucherverbände, Kammern, Verbände, Beratungseinrichtungen, lokale Klimaallianzen oder Agendagruppen, Museen, Bibliotheken und weitere Akteure im Bereich Klimaschutz einbezogen werden. Durch zielgruppenorientierte Direktansprache werden Verbraucherinnen und Verbraucher zu wechselnden inhaltlichen Schwerpunkten (z.B. Energiesparen, Energieeffizienz oder Gebäudemodernisierung) informiert und durch Aktionstage wie z.B. die „Landesweite NRW Hour“ zum eigenen Handeln motiviert.

Empfehlungen der Bürgerinnen & Bürger aus Online-Beteiligung

- Informationskampagne Geschirrspüler-Anschluss an Warmwasser: Land sollte Verbraucher per Aufklärungskampagne anhalten, Geschirrspüler in der Küche an Wasseranschluss anzuschließen, sofern Wasser über Gas/Solarthermie/BHKW/Fernwärme erwärmt wird und Geschirrspüler keine Wärmerückgewinnung betreibt.
- Land soll Liste von Geräten herausgeben, die (nicht) warmwasserfähig sind.
- Plattform sollte mit Triggern gespickt sein, damit sich Chance ergibt, Verhalten spielerisch zu ändern.
- Flyer oder Plakate sollen auf Recycling-Papier gedruckt werden.
- Förderung von Nachtspeicherheizungen sinnvoll, da hierbei Ladezeit von außen gesteuert wird und nicht von jedem einzelnen Haushalt, sodass Zeiten mit Stromüberschuss aus regenerativer Energiegewinnung gezielt nutzbar werden.
- Weitere Förderung der Photovoltaikanlagen auf Dächern und Erdwärme.
- Vorschlag: Bürger erhalten kostenfreie Grundversorgung an Strom (Gesamtmenge an kostenfreiem Strom maximal 2/3 der Gesamtstrommenge). Menge orientiert sich an aktuellem Effizienzstandard der Gerätegrundausstattung (Herd, Kühlschrank, Pumpen, Licht, Multimediageräte). Grundversorgung könnte 2014 z.B. 700 kWh p.P./p.a. betragen. Keine weiteren Stromtarife.
- kostenlose Grundversorgung in Verbindung mit hohen, variablen kWh-Preisen für Mehrverbrauch führt schnell zu Effizienzsteigerungen im Gerätebereich und zum Verzicht von Stromanwendungen im Wärmesektor. Haushalte mit geringen Einkommen werden entlastet. Haushalte mit höheren Einkommen mit meist höheren Verbräuchen finanzieren so das System.

Empfehlungen Kommunen aus Online-Beteiligung

- Kommunen sollten auch einbezogen werden.

Empfehlungen der Unternehmen aus Online-Beteiligung

- -

Empfehlungen sonstiger Akteursgruppen aus Online-Beteiligung

- -

KS-M224 Initiative auf Bundesebene: Energiearmut lindern - Prepaid statt Sperre

Die Landesregierung NRW soll sich auf Bundesebene dafür einsetzen, durch eine Änderung der Stromgrundversorgungsverordnung (StromGVV) oder des Energiewirtschaftsgesetz (EnWG) Prepaidzähler einzuführen. Sie können die schlimmste Folge der Energiearmut, die Versorgungsunterbrechung, verhindern und dazu beitragen, dass die Betroffenen bewusster und sparsamer mit Elektrizität umgehen.

Empfehlungen der Bürgerinnen & Bürger aus Online-Beteiligung

- Durchführung repräsentativer Test: haben arme Haushalte mit Installation von Prepaid Systemen vermutete Vorteile ?
- Hemmnisse: Anmeldegebühren, zu geringes Einkommen insgesamt.
- Hemmnisse: Wohnungsqualität verhindert Energie sparen, da Vermieter nicht in Dämmung / Sanierung investiert etc.

Empfehlungen Kommunen aus Online-Beteiligung

- -

Empfehlungen der Unternehmen aus Online-Beteiligung

- -

Empfehlungen sonstiger Akteursgruppen aus Online-Beteiligung

- -

KS-M225 Pilotprojekt „Nudging“ - Default-Option Ökostrom

Die Landesregierung soll in einer begrenzten Zahl von Städten in NRW gemeinsam mit den Stadtwerken eine Default-Option für Ökostrom einführen. Durch das Angebot von Ökostrom als Vorgabeoption („Default-Option“) wird Ökostrom automatisch geliefert.

Empfehlungen der Bürgerinnen & Bürger aus Online-Beteiligung

- Bis 2030 sollte Gaskraft zusammen mit Ökostrom als Default angeboten werden von Städten, die Gaskraftwerke besitzen - Stadtwerke die in letzten Jahren auf Kohlekraftwerke verzichtet und auf Gaskraftwerke gesetzt haben, nicht benachteiligen.
- Flyer und Werbung auf Recyclingpapier drucken.
- Es nicht Aufgabe der Landesregierung, Ökostrom anzubieten, sollte mit "Default-Option" nicht die vom Gesetzgeber definierte "Grundversorgung" gemeint ist.

Empfehlungen Kommunen aus Online-Beteiligung

- -

Empfehlungen der Unternehmen aus Online-Beteiligung

- Sicher stellen, dass nur Ökostrom, der auch den Greenpeace
- Kriterien entspricht, gefördert wird.

Empfehlungen sonstiger Akteursgruppen aus Online-Beteiligung

- -

KS-M226 Mini- und MIKRO-KWK – Maßnahmenpaket zur Etablierung

Die Landesregierung soll breit angelegte Marketing-, Informations- und Qualifizierungsmaßnahmen zur Etablierung von Mini- und Mikro-KWK fördern. Ideen sind eine Roadshow oder Präsentationskonzepte für Verbraucherveranstaltungen sowie Ausstellungsobjekte für öffentliche Gebäude.

Empfehlungen der Bürgerinnen & Bürger aus Online-Beteiligung

- -

Empfehlungen Kommunen aus Online-Beteiligung

- -

Empfehlungen der Unternehmen aus Online-Beteiligung

- -

Empfehlungen sonstiger Akteursgruppen aus Online-Beteiligung

- -

KS-M227 Marketing für Ökostrom von regionalen Energieanbietern

Das Land NRW als nicht-kommerzieller unabhängiger Akteur soll sich durch kommunikative Maßnahmen und in der Öffentlichkeitsarbeit für die Nutzung seriöser Ökostromangebote der nordrhein-westfälischen Energieversorger einsetzen und so die Akzeptanz Grünen Stroms und die Stromerzeugung aus regenerativen Energien fördern.

Empfehlungen der Bürgerinnen & Bürger aus Online-Beteiligung

- Ökostrom sollte nur empfohlen werden, wenn anbietende Unternehmen nicht mit großen Energiekonzernen tun haben, die auch Atomkraftwerke betreiben.
- Ökostrom sollte sich auf Unternehmensausrichtung beziehen und nicht nur auf Produktionsmethode.

Empfehlungen Kommunen aus Online-Beteiligung

- Kriterium "seriös" nicht messbar.
- Wichtig sind Kriterien für Zertifizierung, nicht geographische Verortung des Anbieters.

Empfehlungen der Unternehmen aus Online-Beteiligung

- -

Empfehlungen sonstiger Akteursgruppen aus Online-Beteiligung

- -

KS-M228 Informationskampagne „Mein Wäschetrockner ist eine Leine“

Die Landesregierung soll eine Kampagne zur Reduktion des Gebrauchs von Wäschetrocknern fördern. Durch zielgruppenorientierte Direktansprache werden private Haushalte öffentlichkeitswirksam z.B. auf Stadt(teil)festen, in Fußgängerzonen oder vor Schulen und Kitas angesprochen.

Empfehlungen der Bürgerinnen & Bürger aus Online-Beteiligung

- Stadt sollte Rabatt auf Strom geben, wenn viel Energie verbrauchende Geräte in Häusern nicht vorhanden sind, Nachteil: Kontrollerfordernis
- Funktioniert nur, wenn es im Gebäude Möglichkeit für alle Parteien gibt, diese Leine auch aufzuhängen. Ansonsten Gefahr der Schimmelbildung – v.a. in sanierten und dichten Gebäuden.
- gehört in die Rubrik Energiespartipps
- zu viele Faktoren spielen Rolle, ob und wann es wirklich ein Energiespartipp ist.

Empfehlungen Kommunen aus Online-Beteiligung

- -

Empfehlungen der Unternehmen aus Online-Beteiligung

- Energie muss durch Heizungssystem zur Verfügung gestellt werden und feuchte Luft durch Lüften abtransportiert werden, was zu erhöhtem Energieverbrauch führt. Ansonsten droht Schimmelbildung.
- Gemäß der Studie des Öko Instituts "Vergleich der Umweltauswirk

Empfehlungen sonstiger Akteursgruppen aus Online-Beteiligung

- -

KS-M229 Informationskampagne „Weniger ist Cool“ – Kein Zweitkühlschrank für mich!

Die Landesregierung soll eine Kampagne und einen Wettbewerb organisieren, um für den Verzicht auf Zweitkühlschränke zu sensibilisieren. Die Kampagne kann in einem zweiten Schritt auf weitere energieintensive Elektrogeräte übertragen werden.

Empfehlungen der Bürgerinnen & Bürger aus Online-Beteiligung

- -

Empfehlungen Kommunen aus Online-Beteiligung

- -

Empfehlungen der Unternehmen aus Online-Beteiligung

- Aufwand der Kampagne steht in keinem Verhältnis zu möglichem Effekt. Datenlage, wie viele "Zweit-Kühlschränke" existieren und wie viele davon sindveraltet, also ineffizient ?

Empfehlungen sonstiger Akteursgruppen aus Online-Beteiligung

- Ergänzen um Aktion, bei der alte (und ungenutzte Kühlschränke) von Verbrauchern eingesammelt werden und fachmännische Zerlegung und Entsorgung erfolgt (z.B. durch Abfallgesellschaften).

KS-M230 Ausbau der Information und Beratung der privaten Haushalte zu Energieeinsparung und Energieeffizienz

Die Landesregierung soll die Informations- und Beratungsprogramme ausbauen, die private Haushalte und Gebäudeeigentümer individuell über Aufteilung ihres aktuellen Stromverbrauchs, den energetischen Zustand ihrer Wohnung bzw. ihres Gebäudes, der Heizung und der Warmwasserbereitung informieren. Darauf aufbauend werden sie dann über sinnvolle Maßnahmen zur Einsparung von Energie und Ressourcen, verbunden mit einem konkreten Vorschlag für einen Fahrplan zur Umsetzung, informiert.

Insbesondere eine aufsuchende Vor-Ort-Energieberatung sowie kommunikative Interventionen bei Änderung von Lebenssituationen (Umzug, ...) sollen die bisherigen Programme zur energetischen Gebäudesanierung ergänzen und erweitern.

Empfehlungen der Bürgerinnen & Bürger aus Online-Beteiligung

- Begleitende Beratung von Initialberatung bis zu Umsetzung maßgeblich, um Brüche im Prozess zu verhindern.
- Integrierte Beratung maßgeblich z.B. Energieberatung in Schuldnerberatung, Energieberatung mit Blick auf Altersvorsorge, Energieberatung im Falle von Instandhaltungsmaßnahmen, barrierefreiem Umbau, Modernisierung, Schadstoffberatung etc..
- Verbraucherzentrale hat vielfältige Erfahrungen, komplexe Themen bürgernah herunter zu brechen.

Empfehlungen Kommunen aus Online-Beteiligung

- Personal bei Kommunen / Kommunalen Klimaagenturen muss dauerhaft finanziert werden. Je nach Größe der Kommune sind 2-4 qualifizierte Vollzeitstellen notwendig. Keine neuen Strukturen auf Landesebene notwendig.

Empfehlungen der Unternehmen aus Online-Beteiligung

- -

Empfehlungen sonstiger Akteursgruppen aus Online-Beteiligung

- ZebiO als regionaler Kooperationspartner

KS-M231 Initiative auf Bundesebene: Energieausweispflicht (Bedarfsausweis) für jedes Gebäude nach Baualtersklassen

Die Landesregierung NRW soll sich auf Bundesebene dafür einsetzen, die rechtlichen Voraussetzungen für eine Energieausweispflicht (Bedarfsausweis) für alle Gebäude nach Baualtersklassen zu schaffen. Die Energieausweispflicht muss auch Hauseigentümer einschließen, die ihr Haus bzw. Wohnung selbst nutzen. Darüber hinaus soll der Energieausweis stärker beworben werden, um die Nachfrage zu erhöhen.

Empfehlungen der Bürgerinnen & Bürger aus Online-Beteiligung

- Maßnahme ohne Einsparung von kWh Energie - unnötige Verschwendung von Geld für Erstellung der Ausweise.
- Energieausweis für selbst genutzte Wohnungen oder Einfamilienhäuser überflüssig.
- Welche Bürokratie sollte das überwachen?
- Eigenverantwortung und Kosteneinsparungen führen dazu, sinnvolle energetische Maßnahmen auch ohne Reglementierung durchzuführen.

Empfehlungen Kommunen aus Online-Beteiligung

- Wichtig ist Kontrolle.

Empfehlungen der Unternehmen aus Online-Beteiligung

- -

Empfehlungen sonstiger Akteursgruppen aus Online-Beteiligung

- -

KS-M232 Best-Practice-Datenbank „Energetische Gebäudesanierung“

Das Land soll den Aufbau einer landesweiten Datenbank von Best-Practice-Beispielen zur energetischen Gebäudesanierung unterstützen mit dem Ziel, alle beteiligten Akteure aus der Bauwirtschaft und Wohnungseigentümer/innen anzuregen, stärker als bisher den Wohnungsbestand energetisch zu sanieren. In dieser Datenbank sollen möglichst alle sinnvollen Maßnahmen zur energetischen Gebäudesanierung aufgenommen, strukturiert und übersichtlich anhand von Praxisbeispielen dargestellt werden.

Eine solche Best-Practice-Datenbank sollte darüber hinaus mit einem Kommunikations- bzw. Beratungsangebot verbunden sein, das den Interessierten weitergehende Informationen vermitteln kann.

Empfehlungen der Bürgerinnen & Bürger aus Online-Beteiligung

- Anbindung an vorhandene Informationskanäle erforderlich z.B. bei der Kreditvergabe bei Banken, Architekten / Beratungsinstitute.

Empfehlungen Kommunen aus Online-Beteiligung

- Keine Verwendung von Landesmitteln.
- Sinnvoll: Bestehende Datenbanken/Projekte (AltBauNeu / dena) verlinken.

Empfehlungen der Unternehmen aus Online-Beteiligung

- -

Empfehlungen sonstiger Akteursgruppen aus Online-Beteiligung

- IWO fördert und begleitet im Rahmen des Förderwettbewerbs Aktion Energie-Gewinner etwa 80 energetische Sanierungen und stellt Informationen für Best-Practice-Datenbank zur Verfügung.

KS-M233 Einrichtung einer Plattform für Energiegenossenschaften

Die Landesregierung soll eine Plattform einrichten, die den weiteren Aufbau von Energiegenossenschaften und Bürgerenergieanlagen betreut und forciert. In Anlehnung an bisherige Arbeiten werden Kompetenzvermittlung im Bereich Gründungsberatung von Genossenschaften, Weiterbildungsveranstaltungen für die Organisationen, Ansprachekonzepte für Organisationen/Akteure wie zum Beispiel das Handwerk etc., Erfahrungsaustausch auf Landesebene sowie ein integriertes Fachmonitoring gefördert.

Empfehlungen der Bürgerinnen & Bürger aus Online-Beteiligung

- -

Empfehlungen Kommunen aus Online-Beteiligung

- -

Empfehlungen der Unternehmen aus Online-Beteiligung

- -

Empfehlungen sonstiger Akteursgruppen aus Online-Beteiligung

- ZebiO als regionaler Ansprechpartner

KS-M234 Initiierung des landesweiten Förderprogramms „Jung kauft Alt“ zur Förderung von Bestandswohnungen

Die Landesregierung soll ein flächendeckendes Förderprogramm „Jung kauft Alt“ einrichten, mit dem junge Familien ermutigt werden sollen, Bestandswohnungen zu erwerben. Durch das Programm bleiben Bestandswohnungen erhalten und weniger Flächen zur Errichtung von Neubauten müssen ausgewiesen werden.

Empfehlungen der Bürgerinnen & Bürger aus Online-Beteiligung

- Zielgruppe junge Familie finanziell zu eingeschränkt, da Kapital bei mittleren, älteren Menschen liegt.
- Bestandswohnungen müssten für aktuelle Lebensstile / Konzepte anpassbar und flexibel sein.
- Siedlungskonzepte in der Stadt (stadtplanerische Konzepte) sind gefragt.
- Kommunen selbst bewegen sich leider meist immer noch in gegenteilige Richtung und weisen entgegen Bevölkerungsentwicklung neue Baugebiete "auf der grünen Wiese" aus.
- Da einzelne Kommunen bei Ausweisung von Baugebieten untereinander in Konkurrenz stehen, sind Maßnahmen auf Landes- und Bundesebene notwendig.

Empfehlungen Kommunen aus Online-Beteiligung

- -

Empfehlungen der Unternehmen aus Online-Beteiligung

- -

Empfehlungen sonstiger Akteursgruppen aus Online-Beteiligung

- -

KS-M235 Modellversuch zur Forschung und Entwicklung von Energiesparkonzepten in Quartieren

Die Landesregierung soll einen Modellversuch mit einer Hochschule fördern, bei dem ein Quartier in seiner Gesamtheit betrachtet und ein Energiekonzept für das ganze Quartier erarbeitet wird. Dabei sollen auch innovative Lebensstil-Konzepte und Experimente in Quartieren in Zusammenarbeit mit Kommunen einbezogen werden.

Empfehlungen der Bürgerinnen & Bürger aus Online-Beteiligung

- Quartiersbezogene Konzepte bereits von KfW gefördert (Energetische Stadtsanierung). Überflüssig, dass Land hier Fördermittel bereitstellt.

Empfehlungen Kommunen aus Online-Beteiligung

- Bedarf stärkerer Förderung für Entwicklung von Energiekonzepten.
- Nicht als Modell, sondern zur Regel zu machen.

Empfehlungen der Unternehmen aus Online-Beteiligung

- Nutzung von Exergieausweisen zur Quartierscharakterisierung ermöglicht, Analyse auf wesentlich umfassendere Grundlage zu stellen als dies mit Energie-basierten Analysen möglich ist.
- Richtwert | Energiesystemberatung ist im Rahmen einer Forschungscoopera

Empfehlungen sonstiger Akteursgruppen aus Online-Beteiligung

- Bei Umsetzung bietet sich Kooperation zwischen Fachhochschule (z.B. Bocholt) Kommune (z.B. Kreis Borken oder Stadt Bocholt), dem örtlichen Versorger und Kreishandwerkerschaft an. Konzept liegt vor.

KS-M236 Förderung von Urban Gardening

Die Landesregierung soll Entwicklungs- und Umsetzungskonzepte für die Ausweitung von „urban gardening“ in NRW fördern. Dabei sollen Netzwerke zu „urban gardening“ auf verschiedenen Ebenen aufgebaut, kommunale Akteure zum Thema weitergebildet und kommunale Strategien erarbeitet werden. Zudem können lokale Modellprojekte entwickelt und aufgebaut werden. Als Pilotprojekt soll auf dem Gelände einer im Bereich der Lehrerausbildung tätigen Hochschule in NRW ein mobiler Garten angelegt werden, in dem in Pflanzkästen Gemüse gesät, angepflanzt, gepflegt und geerntet werden kann.

Empfehlungen der Bürgerinnen & Bürger aus Online-Beteiligung

- Effekt des Urban Gardening wird gering sein.

Empfehlungen Kommunen aus Online-Beteiligung

- -

Empfehlungen der Unternehmen aus Online-Beteiligung

- -

Empfehlungen sonstiger Akteursgruppen aus Online-Beteiligung

- -

KS-M237 Landesweiter Aktionstag Tauschbörsen

Die Landesregierung NRW soll als Schirmherrin die Umsetzung eines landesweiten Aktionstags fördern, der Tauschbörsen in den Kommunen weiter bekannt machen soll. Durch Tauschen, also Nutzungsintensivierung, müssen weniger Produkte produziert werden. Somit können CO2 Emissionen klimaschutzwirksam eingespart werden.

Empfehlungen der Bürgerinnen & Bürger aus Online-Beteiligung

- Beispiele erfolgreicher Projekte sammeln und diese über Aktionstag mit geeigneten Mitteln verbreiten - Interessenten die Nachahmung erleichtern.

Empfehlungen Kommunen aus Online-Beteiligung

- -

Empfehlungen der Unternehmen aus Online-Beteiligung

- -

Empfehlungen sonstiger Akteursgruppen aus Online-Beteiligung

- -

KS-M238 Förderung von „Repair Cafés

Die Landesregierung soll ein Förderprogramm für die Einrichtung von Repair-Cafés in ca. 30 NRW-Städten umsetzen. In jeder Stadt soll mind. ein Repair-Café eröffnet und finanziert werden. Durch diese Maßnahme wird die handwerkliche Kompetenz der Bürgerinnen und Bürger gestärkt, gesellschaftliche Aufklärung über Reparaturmöglichkeiten betrieben und die systemische Kreislaufwirtschaft gefördert.

Empfehlungen der Bürgerinnen & Bürger aus Online-Beteiligung

- Verbindung von Repair Cafés mit Umsonst Cafés, in denen man etwas hinbringen kann und anderes umsonst mitnehmen kann.
- Erfahrungen der Cafés sammeln und über Internetplattform zugänglich machen: Lösung haftungsrechtlicher Fragen gelöst/Umgang mit Garantiebestimmungen
- Gefordert wird Wirtschaft allgemein, weniger auf Obsoleszenz ihrer Waren zu setzen, freiwillige Selbstverpflichtung reicht nicht -, reparierfähige Produkte herzustellen, Handel müsste mitziehen.

Empfehlungen Kommunen aus Online-Beteiligung

- Gesetzliche Nachbesserung gewünscht: z.B. durch Garantieverlängerung.

Empfehlungen der Unternehmen aus Online-Beteiligung

- -

Empfehlungen sonstiger Akteursgruppen aus Online-Beteiligung

- -

KS-M239 Nachhaltige Beschaffung in Einrichtungen von Vereinen, Verbänden und Unternehmen in NRW

Die Landesregierung NRW soll z.B. durch Beratungseinrichtungen und in Zusammenarbeit mit Akteuren der Zivilgesellschaft nachhaltige Beschaffung ökologisch und sozial verantwortlicher Produkte fördern. Ziel soll es sein, die Potenziale von Einrichtungen (Kindergärten, Kindertagesstätten, Einrichtungen der Alten-, Jugendhilfe etc.), Verbänden (bspw. Sportverbände) und Unternehmen zu nutzen, um über eine veränderte Nachfrage nach ökofairen Produkten den Energieeinsatz und Ressourcenverbrauch zu reduzieren.

Empfehlungen der Bürgerinnen & Bürger aus Online-Beteiligung

- Erhöhung Budget von Landesjugendplan für Verpflegung, damit Seminargruppen biologische Lebensmittel und fair gehandelte Lebensmittel kaufen können
- Besondere Förderung auf CO₂-Ausgleich der Veranstaltung ausweiten und auf Kauf umweltgerechter Materialien beziehen.
- Kontra: Finanzierung bei Vereinen fraglich
- Kontra: Abschreckung von Ehrenamtlern
- Nachhaltiges Beschaffungswesen ist im öffentlichen Bereich innerhalb und außerhalb des Einflusses der Landesregierung zu fördern, so z.B. in Landesverwaltungen, Bezirksregierungen, Landkreisen, kreisfreien Städten und Kommunen.
- Einführung von Leitlinien für nachhaltige Beschaffung
- Maßnahmen wären z.B. Handlungsempfehlungen, Informationskampagnen, Checklisten etc.

Empfehlungen Kommunen aus Online-Beteiligung

- -

Empfehlungen der Unternehmen aus Online-Beteiligung

- -

Empfehlungen sonstiger Akteursgruppen aus Online-Beteiligung

- -

KS-M240 Modellversuch zur Reduktion von Plastiktüten

Die Landesregierung soll gemeinsam mit ausgewählten Vertretern des Einzelhandels einen Modellversuch umsetzen, in dem auf Plastiktüten verzichtet wird und Papier- und Biobaumwolltaschen bereitgestellt werden. Die Ergebnisse des Pilotprojekts könnten in eine Initiative auf Bundesebene eingehen. So soll stufenweise der Verzicht auf Plastiktüten vorbereitet werden.

Empfehlungen der Bürgerinnen & Bürger aus Online-Beteiligung

- Verkauf von Körben (Sisal, Stroh, Seegras, Rattan) im Eingangs & Kassenbereich ermöglichen, als Alternative zu Baumwolltaschen.
- Einführung von Aufklärungskampagnen darüber, dass Plastiktüte ca 400 Jahre braucht, bis sie verrottet
- Zusammenfassung vorliegender Erfahrungen in Form eines kommunalen Handlungsleitfaden/Best-Practice-Sammlung, damit je nach Zielgruppe usw. gehandelt werden kann.
- Pilotversuch sollte auch Plastiktüten an Obst / Gemüsetheken beinhalten, die durch Papiertüten (100% Recycling) ersetzt werden.
- Plastiktüten könnten auch Mindestwert von z.B. 0,40€ haben.
- Stände und Wochenmärkte bei Modellprojekt nicht vergessen
- Papiertüten in Supermärkten oft teuer als Plastiktüten.
- Modellversuch ist Geldverschwendung.
- Hinweis: In Berlin eröffnen zurzeit Supermärkte die komplett auf Verpackung verzichten.
- Erfahrungen des Projekts "Mehr Wege als Einweg!" als interessante Erfahrungsquelle.

Empfehlungen Kommunen aus Online-Beteiligung

- Regelung des Gesetzgebers erforderlich.

Empfehlungen der Unternehmen aus Online-Beteiligung

- -

Empfehlungen sonstiger Akteursgruppen aus Online-Beteiligung

- -

KS-M241 Initiative auf Bundesebene für mehr Verbraucherorientierung für klimafreundliche Lebensmittel

Die Landesregierung NRW soll mit einer Initiative auf Bundesebene für die Einführung eines standardisierten Regionallabels (analog zu dem standardisiertem Bio-Label) eintreten. Eine transparente Kennzeichnung ermöglicht den Verbraucherinnen und Verbrauchern, regionale und klimafreundlichere Lebensmittel zu kaufen.

Empfehlungen der Bürgerinnen & Bürger aus Online-Beteiligung

- Möglichkeit prüfen, Bio-Label und andere Siegel gesetzgeberisch zu flankieren (genau festzulegen), so dass diese alleinige Gültigkeit erhalten. Labels, die von Wirtschaft erfunden werden, würden Gültigkeit verlieren.

Empfehlungen Kommunen aus Online-Beteiligung

- -

Empfehlungen der Unternehmen aus Online-Beteiligung

- -

Empfehlungen sonstiger Akteursgruppen aus Online-Beteiligung

- -

KS-M242 Maßnahmenbündel zur Stärkung der Vermarktung regionaler Produkte und Dienstleistungen

Das Land NRW soll ein Bündel von Maßnahmen zur Stärkung der Vermarktung von regionalen Produkten und Dienstleistungen fördern, u.a. Sondierungen von neuen Märkten, Marketingstrategien in Zusammenarbeit mit Wirtschaftspartnern, Unterstützung von Genossenschaftsgründungen und vieles mehr.

Empfehlungen der Bürgerinnen & Bürger aus Online-Beteiligung

- Kombination der M242 mit Vermeidung von Plastikverpackungen (Auslieferung der Produkte in Paletten, wie auf Märkten).
- Angebot kostenloser Broschüre oder kleines Heft, welches angibt, wo es regionale Produkte zu kaufen gibt (Laden, Markt) und woher Produkte stammen. (Auslage und Vorstellung auf Messen).

Empfehlungen Kommunen aus Online-Beteiligung

- -

Empfehlungen der Unternehmen aus Online-Beteiligung

- -

Empfehlungen sonstiger Akteursgruppen aus Online-Beteiligung

- Unterstützung von Regionalvermarktungsinitiativen, die im Dualen Modell arbeiten.

KS-M243 Forschung zu nachhaltiger Ernährung / Gemeinschaftsversorgung

Die Landesregierung NRW soll ein Forschungsprojekt zu Ressourceneffizienz und Klimafreundlichkeit in der Gemeinschaftsgastronomie fördern, innerhalb dessen auch Umsetzungsvorschläge erarbeitet, praktisch erprobt und implementiert werden. Darüber hinaus soll die Landesregierung eine Plattform zur „Nachhaltigen Ernährung in Kantinen & Großküchen“ einrichten.

Empfehlungen der Bürgerinnen & Bürger aus Online-Beteiligung

- -

Empfehlungen Kommunen aus Online-Beteiligung

- -

Empfehlungen der Unternehmen aus Online-Beteiligung

- -

Empfehlungen sonstiger Akteursgruppen aus Online-Beteiligung

- -

KS-M244 Einrichtung öffentlicher Trinkwasserstellen

Das Land NRW soll die Errichtung von öffentlichen Trinkwasserstellen in unterschiedlichen Städten in NRW fördern. Aufgrund der hohen Kosten für die Wasserspender und die Notwendigkeit keimfreies Wasser bereitzustellen, können örtliche Wasserwerke ggf. als Sponsor geprüft werden.

Empfehlungen der Bürgerinnen & Bürger aus Online-Beteiligung

- Angebot solcher Spender schon in Schulen, damit Jugendlichen und Kindern Hemmschwelle genommen wird, diese in Öffentlichkeit zu nutzen.
- Kontrapunkt: Plastikflaschen für Transport von Trinkwasser bei Einrichtung öffentlicher Trinkwasserstellen.

Empfehlungen Kommunen aus Online-Beteiligung

- Zuerst wenige Pilotstationen einrichten, um festzustellen, ob Stationen angenommen werden.

Empfehlungen der Unternehmen aus Online-Beteiligung

- -

Empfehlungen sonstiger Akteursgruppen aus Online-Beteiligung

- Verpflichtende Einrichtung von öffentlichen Trinkbrunnen bei Neugestaltung von Parks und Grünflächen, Bahnhöfen und öffentlichen Plätzen.
- Einrichtung von Hinweisschildern auf Trinkbrunnen.
- Vorbild kann Wien sein, wo für Fußball-EM 2008 Trinkbrunnen an ö

KS-M245 Maßnahmenbündel zur Reduktion und Verhinderung von Lebensmittelverschwendung

Die Landesregierung soll ein Bündel von Maßnahmen zur Reduktion und Verhinderung von Lebensmittelverschwendung unterstützen. Das Bündel umfasst:

- Konzepte von Verantwortlichen in Erzeugung, Verarbeitung, Gastronomie und Handel, Aufklärungskampagne „Wertschätzung von Lebensmitteln“,
- Netzworkebildung zwischen regionalen Erzeugern und Verbrauchern,
- Ausrichtung von öffentlichen Kantinen und Großküchen an Nachhaltigkeitskriterien z. B. über Vergabegesetz,
- Forschungsprojekt zu den Ursachen für Lebensmittelabfälle in Haushalten aus Verbraucherforschungsperspektive,
- Entwicklung eines Unterrichtsmoduls „Lebensmittel-Verschwendung“ und
- Wettbewerb für Unternehmen und landwirtschaftliche Betriebe, die sich besonders positiv und innovativ in Bezug auf die Verringerung von Lebensmittelabfällen gezeigt haben.

Zudem wird die Wirkung von Maßnahmen zur Steigerung eines nachhaltigen Ernährungsstils erhoben.

Empfehlungen der Bürgerinnen & Bürger aus Online-Beteiligung

- Erstellung von Siegeln für Supermärkte, Bäckereien, Metzgereien, Restaurants u.a., welches verliehen wird, wenn deren Lebensmittelverschwendung unter angegebener, festgelegter Prozentzahl liegt.
- Werbung für nicht perfekt geformte Lebensmittel
- z.B. könnte Supermärkten Förderung gegeben werden, wenn diese nicht perfekt geformte oder größenartige Lebensmittel verkaufen.
- Angebot nicht perfekt geformter oder größenartiger Lebensmittel an Verbraucher zum günstigeren Preis oder Weitergabe an Einrichtungen wie z.B. die „Tafeln“ .
- EU-Gurkenrichtlinie o.ä. dürfte es nicht geben.

Empfehlungen Kommunen aus Online-Beteiligung

- Entkriminalisierung sogenannten "Containerns", bei dem Menschen weggeworfene Supermarktabfälle aus Containern zum Verzehr entnehmen.
- Verbot des Wegwerfens nicht abgelaufener Lebensmittel.
- Strafbefreiung und Förderung des Entnehmens nicht abgelaufener Leb

Empfehlungen der Unternehmen aus Online-Beteiligung

- -

Empfehlungen sonstiger Akteursgruppen aus Online-Beteiligung

- -

KS-M246 Verbraucherkampagne: „NRW schont Ressourcen“

Das Land soll eine Verbraucherkampagne zur Ressourcenschonung fördern, die das in NRW vorhandene wirtschaftliche sowie wissenschaftliche Potenzial einbindet. Die Kampagne umfasst Aktionen und Campaigning, einen Wettbewerb zur Förderung von Good-Practice-Beispielen, Medienarbeit, Bildung sowie die konkrete Überwindung von Hemmnissen.

Empfehlungen der Bürgerinnen & Bürger aus Online-Beteiligung

- -

Empfehlungen Kommunen aus Online-Beteiligung

- -

Empfehlungen der Unternehmen aus Online-Beteiligung

- -

Empfehlungen sonstiger Akteursgruppen aus Online-Beteiligung

- -

KS-M247 Modellprojekt Klima Park Cent

Die Landesregierung soll ein Modellprojekt fördern, in dem in mehreren Kommunen ein Teil der Parkgebühren in den Ausbau des ÖPNV investiert wird.

Empfehlungen der Bürgerinnen & Bürger aus Online-Beteiligung

- Ausreichend Umlagen, die Energie verteuern, existent.

Empfehlungen Kommunen aus Online-Beteiligung

- -

Empfehlungen der Unternehmen aus Online-Beteiligung

- -

Empfehlungen sonstiger Akteursgruppen aus Online-Beteiligung

- -

KS-M248 Einführung eines Sozialtickets für den ÖPNV

Die Landesregierung soll einen flächendeckenden Sozialtarif in allen Verkehrsverbänden für den ÖPNV einführen. Die Kosten sollten sich an den im Hartz IV Regelsatz vorgesehen Beträgen für die Nutzung des Nahverkehrs orientieren. (ca. 15 -18 €).

Empfehlungen der Bürgerinnen & Bürger aus Online-Beteiligung

- Kostenlose ÖPNV Nutzung für Hartz IV Empfänger.
- Automatische Vergabe sinnvoll.
- Als Bestandteil des Hartz IV Antrags sinnvoll.
- Anwendung auf Kinder der betroffener Familien.

Empfehlungen Kommunen aus Online-Beteiligung

- -

Empfehlungen der Unternehmen aus Online-Beteiligung

- -

Empfehlungen sonstiger Akteursgruppen aus Online-Beteiligung

- -

KS-M249 Finanzielle Förderung des ÖPNV

Die Landesregierung NRW soll Finanzmittel zur Ertüchtigung der gesamten ÖPNV-Struktur sowie der Busse und Bahnen bereitstellen. Die Maßnahme umfasst Investitionen zur Bestanderhaltung aber auch zur Verbesserung der Benutzbarkeit.

Empfehlungen der Bürgerinnen & Bürger aus Online-Beteiligung

- -

Empfehlungen Kommunen aus Online-Beteiligung

- -

Empfehlungen der Unternehmen aus Online-Beteiligung

- -

Empfehlungen sonstiger Akteursgruppen aus Online-Beteiligung

- -

KS-M250 Mit kreativen Maßnahmen die Mobilitätswende unterstützen

Die Landesregierung NRW soll ein Projekt zur „Mobilitätswende“ fördern, das Kommunikations-Maßnahmen zur Sensibilisierung für alternative Mobilitätsformen umfasst und diese greifbar macht. Umfasst Web 2.0-basierte Öffentlichkeitsarbeit zur Verkehrsmittelwahl, Spritspar-Kampagne in Kfz-Zulassungsstellen, Auto- und konsumfreier Sonntage in NRW-Städten, die Umsetzung der Kampagne NRW-KIDS-MOBIL sowie die Ausweitung der Umwelt- und Mobilitätsberatung der Verbraucherschutzorganisationen.

Empfehlungen der Bürgerinnen & Bürger aus Online-Beteiligung

- Voraussetzung: Angebot alternativer Verkehrsangebote z.B. im ÖPNV.
- Kern des Problems bildet mangelhafte Infrastruktur im Bereich des "Umweltverbundes". Hier muss Landesregierung Geld gezielt bereitstellen.
- Kampagnen treffen nicht Kern des Problems und können leicht zu Alibi-Aktionen oder Geldverschwendung werden.

Empfehlungen Kommunen aus Online-Beteiligung

- -

Empfehlungen der Unternehmen aus Online-Beteiligung

- -

Empfehlungen sonstiger Akteursgruppen aus Online-Beteiligung

- -

KS-M251 Gesetzliche Verpflichtung zur Aufstellung von Mobilitätsmanagementsystemen in Kommunen und Unternehmen

Die Landesregierung soll eine gesetzliche Verpflichtung für Kommunen, Kreise und Unternehmen einführen, Mobilitätsmanagementsysteme einzuführen. Dadurch soll ein nachhaltiges Verkehrsverhalten ihrer Bürgerinnen und Bürger bzw. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gefördert werden.

Empfehlungen der Bürgerinnen & Bürger aus Online-Beteiligung

- Angebot von Anreizsystemen anstatt gesetzlicher Regelung.
- Verbindung mit Willkommenspaket für Neubürger/innen (wie München).

Empfehlungen Kommunen aus Online-Beteiligung

- -

Empfehlungen der Unternehmen aus Online-Beteiligung

- -

Empfehlungen sonstiger Akteursgruppen aus Online-Beteiligung

- -

KS-M252 Einführung des landesweiten intermodalen „Ticket Klimaschutz“

Die Landesregierung NRW soll ein landesweites intermodales „Ticket Klimaschutz“ einführen. Dieses Ticket ermöglicht es, in ganz NRW ohne den Besitz eines eigenen Autos individuell mobil zu sein. Das landesweite Ticket Klimaschutz orientiert sich am Modellprojekt „Mobil in Düsseldorf“ und skaliert dieses auf die landesweite Ebene.

Empfehlungen der Bürgerinnen & Bürger aus Online-Beteiligung

- -

Empfehlungen Kommunen aus Online-Beteiligung

- -

Empfehlungen der Unternehmen aus Online-Beteiligung

- -

Empfehlungen sonstiger Akteursgruppen aus Online-Beteiligung

- -

KS-M253 Initiative auf Bundesebene: Erlass der KFZ-Steuer für Carsharing“

Die Landesregierung NRW soll sich auf Bundesebene für eine Befreiung von Gemeinschaftsautos von der Kfz-Steuer einsetzen. Explizit nicht gemeint sind Taxen oder Mietwägen sowie gemeinschaftlich genutzte Mietwagen. Gemeinschaftliche Nutzung von Autos führt in der Regel dazu, dass generell weniger das Auto und mehr öffentliche Verkehrsmitteln oder das Fahrrad genutzt werden.

Empfehlungen der Bürgerinnen & Bürger aus Online-Beteiligung

- Weitergabe der Einsparungen an Nutzer bei professionellen Carsharing Anbietern.

Empfehlungen Kommunen aus Online-Beteiligung

- -

Empfehlungen der Unternehmen aus Online-Beteiligung

- -

Empfehlungen sonstiger Akteursgruppen aus Online-Beteiligung

- -

KS-M254 Informationsangebote im Internet zum Bürgerverkehr auf dem Land

Die Landesregierung soll die Erstellung von Informationsangeboten im Internet mit regionalem Bezug fördern, auf dem Mitfahrgelegenheiten im lokalen, regionalen oder auch weiter entfernten Umkreis angeboten werden. Das Angebot kann durch eine App auch für mobile Endgeräte nutzbar gemacht werden. Die bereits bestehenden Haltestellen des ÖPNV können als Treffpunkte genutzt werden. Der Kostenbeitrag für die Fahrt mit dem „Bürgerverkehr“ sollte dem einer einfachen Fahrt mit dem Bus entsprechen.

Empfehlungen der Bürgerinnen & Bürger aus Online-Beteiligung

- -

Empfehlungen Kommunen aus Online-Beteiligung

- -

Empfehlungen der Unternehmen aus Online-Beteiligung

- -

Empfehlungen sonstiger Akteursgruppen aus Online-Beteiligung

- -

KS-M255 Schutz des Klimas als festen Bestandteil des Bildungsangebotes in NRW fördern und ausbauen.

Die Landesregierung soll eine Vielzahl von schulischen und außerschulischen Bildungsangeboten für Erwachsene wie auch für Kinder und Jugendliche sowie maßgeschneiderte Bildungsprojekte etwa für Migranten oder Auszubildende fördern. Mittels des Förderangebots werden Lehrkräfte im Bereich Klimaschutz und Energieeinsparung geschult sowie Bildungsangebote in Schulen und in der Erwachsenenbildung bereit gestellt. Darüber hinaus soll eine Bildungs- und Praxisplattform für erneuerbare Energien gebildet werden. Außerdem soll Klimabildung sowohl in bestehenden als auch in künftigen kommunalen Klimaschutzkonzepten angemessen berücksichtigt werden.

Empfehlungen der Bürgerinnen & Bürger aus Online-Beteiligung

- Schaffung umfangreicher Anreiz- und Fördersysteme.
- Umfangreiche Finanzierung vorhandener und Neuschaffung außerschulischer Bildungseinrichtungen und Kompetenzzentren für Klimabildung in NRW - indoor (auch Museen und Ausstellungen) und outdoor z.B. als KlimaErlebnisPark.
- Integration von "Verbraucher- und Ernährungsbildung" als Grundlagenbildung in Unterrichtsrahmenplänen in Schulen.
- Vollständige und gelebte umfangreiche Integration der Klimabildung in formale und non-formale Bildung in NRW. Betrifft Kindergärten, Bildungseinrichtungen, Museen, Umweltzentren usw.
- Nutzung vorhandener Best-Practice Vorbilder, gerade aus NRW.
- Insbesondere Elementarbereich von entscheidender Bedeutung.
- Integration der "Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE)" als Pflichtbestandteil in Lehrplänen aller Schulformen
- umfasst auch Themengebiet "Klimawandel/-schutz".
- Umsetzungsmöglichkeit z.B. im Rahmen von Projektwochen.
- Schulungen für Lehrer, Schüler, Hausmeister zum energiesparenden und klimafreundlichen Alltagsverhalten (Infoangebot online; Lernplattform; Lehrmaterialien; Integration in Angebot der Akademie NUA; Kooperation mit dem "Blauen Engel" etc.).
- Maßnahme wäre zu begrüßen, wenn es sich nicht, wie üblich, um einseitig ideologisch eingefärbte Sichtweise auf Nutzung von Energien handelte.
- Beispiel Bildungseinrichtungen für Klimaschutz: NaturGut Ophoven in Leverkusen.

Empfehlungen Kommunen aus Online-Beteiligung

- -

Empfehlungen der Unternehmen aus Online-Beteiligung

- Einbeziehung der Bildungseinrichtungen und -institutionen bzgl. des Unterrichtsstoffes: Land NRW soll sicherstellen, dass in alle Ebenen der Bildung Informationen über Ressourcenschonung und Energieeffizienz an Schüler und Studenten gegeben wird.

Empfehlungen sonstiger Akteursgruppen aus Online-Beteiligung

- Vermittlung, wie entsprechendes Verhalten im Alltag Energie und Ressourcen spart.
- ZebiO als Kooperationspartner für maßgeschneiderte Bildungsprojekte.

KS-M256 Einrichtung des Unterrichtsfaches „Verbraucher- und Ernährungsbildung“

Die Landesregierung soll das Unterrichtsfach „Verbraucher- und Ernährungsbildung“ in allen Schulformen von der Primarstufe bis zur Kl. 10 in die Lehrpläne einführen. Das Unterrichtsfach leistet einen Beitrag zur Auseinandersetzung mit den lokalen, regionalen und globalen Folgen individuellen Handelns und fördert die Bereitschaft zur Verhaltensänderung.

Empfehlungen der Bürgerinnen & Bürger aus Online-Beteiligung

- Inhaltsvorschläge des Unterrichtsfachs: Alltagskompetenzen.
- Inhaltsvorschläge des Unterrichtsfachs: Haushaltsökonomie.
- Inhaltsvorschläge des Unterrichtsfachs: Fähigkeiten fördern, eigenen Haushalt führen.
- Inhaltsvorschläge des Unterrichtsfachs: Ernährung.
- Inhaltsvorschläge des Unterrichtsfachs: Geld und Energie einsparen.
- Inhaltsvorschläge des Unterrichtsfachs: Praxisanteil im Bereich Nahrungszubereitung und Konsum.
- Inhaltsvorschläge des Unterrichtsfachs: Umgang mit Geld und Krediten.
- Inhaltsvorschläge des Unterrichtsfachs: Umweltschutz.
- Klimabildung sollte in allen Fächern durchgeführt werden, so dass gelebte Integration der Klimabildung in alle Fächer priorisiert erfolgen soll.
- Kompetenz der Lehrer (weiter) ausbilden.
- Querschnittsfach reicht nicht, da Zusammenhänge nicht deutlich werden - kein Fach wegfallen lassen, sondern reduziert in Fächern, in denen es als Querschnittsfach integriert werden sollte, für 1-2 Jahre die Stundenzahl.
- Hofbesuche als Teil des Unterrichtes.
- Unterstützung in Vermittlung zu "ganzheitlichem" Entscheiden.
- Rasche Umsetzung erwünscht.
- Verhaltensänderungen bei Kindern und Jugendlichen nur erreichbar, wenn ganzheitliches pädagogisches Konzept an Schulen verankert wird.
- Unterrichtsfach birgt Gefahr, dass gesamte Bildung für Klimaschutz von (Lehrer-) Kollegen auf diesen Bereich fokussiert wird – kontraproduktiv.
- Beginn durch Einführung eines Fachs 'Ernährung + Hauswirtschaft' ab Sek. I.

Empfehlungen Kommunen aus Online-Beteiligung

- Zur Aufnahme als Grundsatzthema im Lernplan wünschenswert.
- Keine Einrichtung eines eigenen Unterrichtsfachs.

Empfehlungen der Unternehmen aus Online-Beteiligung

- -

Empfehlungen sonstiger Akteursgruppen aus Online-Beteiligung

- Inhaltsvorschläge des Unterrichtsfachs: Folgen unseres Mobilitätsverhaltens.
- Inhaltsvorschläge des Unterrichtsfachs: Thema Recycling-Papier.
- Inhaltsvorschläge des Unterrichtsfachs: Einsparung Energie und Ressourcen im Alltag durch Verhaltensänderung.
- |

KS-M257 Initiative gegen Greenwashing

Die Landesregierung NRW soll den Verbraucherorganisationen durch eine Projektförderung (EU, Land NRW und Kommunen) ermöglichen, ihre Aktivitäten gegen Greenwashing im Klimaschutzmarkt ausbauen. Ziel ist, vornehmlich Personalkapazitäten aufzustocken um mit rechtlichen Instrumenten gegen „schwarze Schafe“, die die Werbung mit Klimaschutzargumenten „übertreiben“, vorgehen zu können. Dadurch soll das Vertrauen der Verbraucherinnen und Verbraucher gestärkt und die Akzeptanz für mehr Klimaschutz erhöht werden.

Empfehlungen der Bürgerinnen & Bürger aus Online-Beteiligung

- Ergänzung platzierter negativer Beispiele um Best Practice Beispiele sinnvoll.
- Gerichtliche Verfolgung derjenigen, die nachweislich „Greenwashing“ betreiben.

Empfehlungen Kommunen aus Online-Beteiligung

- -

Empfehlungen der Unternehmen aus Online-Beteiligung

- -

Empfehlungen sonstiger Akteursgruppen aus Online-Beteiligung

- -